

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wohnbauförderung: Der Weg zum eigenen Dach über dem Kopf

Seit 1958 über 2800 Objekte mit zinslosen Darlehen durch Staat gefördert – Darlehenssumme allein für 1989 bei 8 Mio. Franken

(hoe) – Seit 1958, als die Wohnbauförderung in Liechtenstein gesetzlich verankert wurde, heisst das Zauberwort für viele Bauwillige: «Eigenheim!» – Der Staat hat seit Inkrafttreten des Wohnbauförderungsgesetzes vor mehr als 30 Jahren etwa 2800 Wohneinheiten durch die Gewährung von zinslosen Darlehen gefördert – was sich nachhaltig auf die Zielsetzung der privaten Eigentumsbildung auswirkt, von der die damaligen Volksvertreter grundsätzlich ausgegangen sind, als sie das Gesetz beschlossen haben. Als wirtschaftlicher Faktor beeinflusst die Wohnbauförderung aber auch sehr stark das einheimische Baugewerbe.

Wie dem Rechenschaftsbericht 1989 der Regierung entnommen werden kann, weist das Kapitel Wohnbauförderung und Bauwirtschaft u. a. auch auf diese wichtige Komponente hin. Denn allein für 1989 betrug das Bauvolumen für staatlich geförderte Eigenheime, Reihenhäuser, Wohnungen im Stockwerkseigentum und Gewerbe-Ein- und Anbauten 73.626 Kubikmeter mit Gesamtbaukosten in Höhe von 42,85 Mio. Franken, welche von der Kommission für Wohnbauförderung bewilligt worden sind. Diese rund 42,85 Mio. Franken fliessen zum grössten Teil in das Bauhaupt- und Nebengewerbe zurück.

8 Mio. Franken für 88 Objekte

Insgesamt schütete das Land 1989 Mittel in Höhe von 8 018 000.– Franken aus, die als neue Darlehen in den staatlichen Bilanzen erscheinen. Diese 8 Mio. Franken widerspiegeln schwerpunktmässig 99 Anträge für die Ausschüttung von Förderungsmitteln, davon betreffen 47 Eigenheime, 16 Stockwerkswohnungen, 33 Reihenhäuser sowie 3 Althäuser (Kauf mit Umbau). Allerdings wurden die Förderbeiträge nur für 88 Projekte ausgeschüttet (die restlichen Gesuche wurden abgelehnt oder aufs 1990 verschoben). Von den 88 staatlich geförderten Objekten steht Balzers mit 21 Objekten an der Spitze, gefolgt von Triesen mit 13 Förderungseinheiten, Mauren/Schaanwald sowie Schellenberg mit je 8, Triesenberg, Schaan, Eschen/Nendeln mit je 7, Vaduz 6, Gamprin und Ruggell mit je 5 sowie Planken mit einem Objekt. Im Berichtsjahr zahlten laut Regierungsbericht 43 Darlehensnehmer ihr Darlehen zurück, und insgesamt ergaben sich per En-

de 1989 genau 444 Löschungen. Der Gesamtbestand an staatlich geförderten Wohnobjekten wird im Rechenschaftsbericht der Regierung per Ende 1989 mit 2448 Wohneinheiten angegeben. Zählen wir die 444 Löschungen hinzu, so sind seit Inkrafttreten des Wohnbauförderungsgesetzes über 2800 Einheiten gefördert worden.

Der Darlehensgesamtbestand betrug per Ende 1989 total 82 678 069.– Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von rund 4 Mio. Franken entspricht. 4,06 Mio. Franken sind im Verlaufe des Jahres 1989 an den Staat an Darlehensstilgungen zurückgeflossen.

Der knappe Boden als Problem . . .

Dennoch bleibt das Eigenheim für viele Mitbürger/innen leider nur ein Wunschtraum. Darüber hinweg dürfen uns auch die imposanten Zahlen von rund 2800 geförderten Wohneinheiten nicht täuschen, die seit 1958 entstanden sind. Heute mehr denn je ist und bleibt der knappe Boden das Kernproblem, sich ein

eigenes Dach über dem Kopf zu schaffen. Nicht jede/r Bauwillige kann auf Bodenreserven von Eltern, Grosseltern, Verwandten usw. zurückgreifen, wenn er seinen Traum vom eigenen Heim verwirklichen will. Und die Abgabe von Boden im Baurecht durch die öffentliche Hand kann verbessert werden, bleibt aber begrenzt. Eine von der Regierung eingesetzte Kommission sucht in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Wege zur Abgabe von preiswertem Wohnraum. In einigen Gemeinden konstituieren sich bereits entsprechende Kommissionen, um mit dem Staat zusammen Pilotprojekte zu realisieren, welche Modellcharakter für künftige Bauvorhaben der Gemeinden, Körperschaften und Privaten haben.

FBP: Für rasche Entschärfung der Wohnproblematik

Nicht zuletzt auch durch das engagierte Eintreten der FBP ist die beabsichtigte Entschärfung der Wohnproblematik jüngst in Fluss geraten. So hielt die FBP vor kurzem eine sehr interessante und bestens besuchte Tagung ab, an welcher

die prekäre Situation in ihrer ganzen Komplexität aufgezeigt und gangbare Lösungsmöglichkeiten mit Fachleuten diskutiert wurden. Der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch wies darauf hin, dass wir anfangen müssen, unsere Einstellung zum Boden als Spekulationsobjekt zu revidieren und wir uns in unseren Forderungen an den Boden Selbstbeschränkungen auferlegen müssen. Der FBP-Abg. Martin Jehle redete dem platzsparenden Bauen das Wort. Auch warf er die Frage auf, ob die Gemeinden die Politik der Bodenabgabe im Baurecht vermehrt beschreiben sollten.

FBP-Präsident Emanuel Vogt forderte eine rasche Änderung im Baugesetz, denn 50 Kann-Bestimmungen im Gesetz, so der FBP-Präsident, seien kein Zustand. Über die Mietzinsentwicklung mit starkem Anstieg (drastische Erhöhung der Hypothekenzinsen bei den Banken), über Rendite und über Mieterschutz sprach an der Tagung Immobilienrentier Wolfgang Risch von der Confida, Vaduz.

Wohnbauförderung 1989:

Beiträge für 88 Wohnbauobjekte

Im Berichtsjahr 1989 sind gemäss Rechenschaftsbericht der Regierung 8 Mio. Franken an Darlehensbeiträgen für die Förderung von 88 Objekten in den Gemeinden ausgeschüttet worden, und zwar wie folgt:

Gemeinde	neu	total
Balzers	21	429
Triesen	13	299
Triesenberg	7	254
Vaduz	6	200
Schaan	7	344
Planken	1	25
Eschen/Nendeln	7	263
Mauren/Schaanwald	8	216
Gamprin	5	98
Schellenberg	8	93
Ruggell	5	227
	88	2448

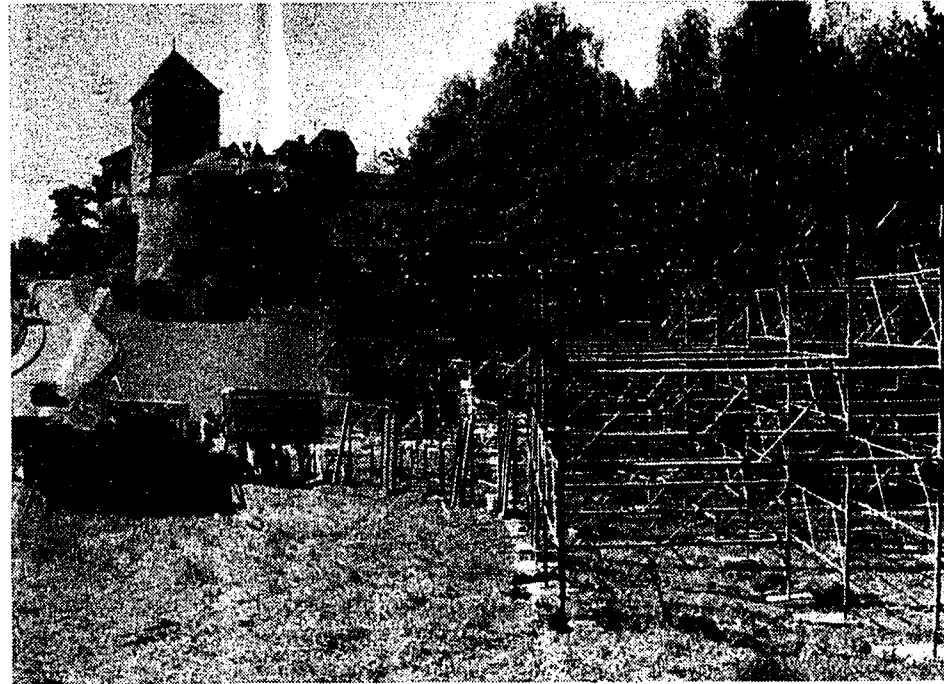
Vorbereitungen für Huldigungsfeier im Gange

Messe und Huldigungsfeier auf der Schlosswiese dank gedeckter Sitzplätze bei jeder Witterung möglich

Die Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum Staatsfeiertag am 15. August sind bereits auf verschiedenen Ebenen im Gange. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stehen ein Festgottesdienst und die daran anschliessende Huldigungsfeier auf der Schlosswiese in Vaduz, die dank der überdachten Sitzplätze bei jeder Witterung dort abgehalten werden können. Arbeiter haben kürzlich mit den entsprechenden Gerüstbauten begonnen.

Das von den Chören und Musikvereinen des Landes mitgestaltete Programm am Vormittag des Staatsfeiertages wird in Anwesenheit der Fürstlichen Familie und der Vertreter des öffentlichen Lebens als Volksanlass im Zusammenhang mit der Amtsübernahme Seiner Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. begangen.

Nach dem offiziellen Teil am Vormittag beginnt am frühen Nachmittag auf den Plätzen im Vaduzer Städtle das Volksfest mit einem bunten Unterhaltungsprogramm, das von vielen Gruppen und Einzelkünstlern gestaltet wird und um ca. 22.00 Uhr mit einem grossen Feuerwerk seinen Höhepunkt erreicht.



Festgottesdienst und die daran anschliessende Huldigungsfeier am 15. August auf der Schlosswiese in Vaduz können dank überdachter Sitzplätze bei jeder Witterung abgehalten werden. Arbeiter haben bereits mit den Gerüstbauten begonnen. (Bild: Beat Schurte)

Regierungschef Hans Brunhart in Island

(paf) – Ab Montag, 16. Juli, weilt Regierungschef Hans Brunhart zu einem Besuch in Island. Er folgt damit einer Einladung des isländischen Premierministers, Steingrímur Hermannsson, welcher Liechtenstein im April dieses Jahres einen Besuch abgestattet hatte. Der Regierungschef wird anlässlich des Besuchs beim Premierminister auch von der isländischen Präsidentin, Vigdís Finnbogadóttir, empfangen werden.

Damit werden die durch die EFTA-Zusammenarbeit seit Jahren bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Island und Liechtenstein erneut gefestigt, was insbesondere auch im Lichte der EWR-Verhandlungen von grosser Bedeutung ist. In den Arbeitsgesprächen der beiden Regierungschefs werden neben allgemeinen Fragen der Aussenpolitik deshalb die EWR-Thematik, die Chancen und Herausforderungen bei der Verwirklichung der vier Freiheiten für kleine Länder wie Island und Liechtenstein im Vordergrund stehen.

Der Besuch wird am Mittwoch abgeschlossen. Regierungschef Hans Brunhart wird auf dieser Reise begleitet von seiner Frau Bernadette Brunhart, von Botschafter Roland Marxer, dem Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, sowie von Dr. Andrea Willi, Diplomatische Mitarbeiterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten.

Auszahlungen oft nur schleppend

In letzter Zeit häufen sich Stimmen aus dem Baugewerbe, welche die schleppende Auszahlung ihrer Guthaben durch die Wohnbauförderungsstelle bemängeln. Auch war diese Kritik unlängst Gegenstand von Diskussionen in der Sektion des Malergewerbes. Oft müssen die Handwerker monatelang (teilweise bis zu einem Jahr) auf ihr Geld vom Staat warten. Vielleicht wäre eine Überdenkung des sehr bürokratisch aufgebauten Abrechnungssystems in eine moderne und unbürokratische Auszahlungsabwicklung von Vorteil.

Sachaufwand: 3,9 Prozent geringer als im Vorjahr

Die Landesrechnung 1989 im Detail – Sachaufwendungen ergaben einen Betrag in Höhe von 58 Mio. Franken

Die Sachaufwendungen des Landes beliefen sich im Rechnungsjahr 1989 auf 58 Mio. Franken. Das Ergebnis der Vorjahresrechnung ist damit um 2,3 Mio. Franken oder um 3,9 Prozent unterschritten worden. Das Budget sah Ausgaben in Höhe von rund 62 Mio. Franken vor. Unter dem Sachaufwand sind die Aufwendungen für den Unterhalt von Strassen, Telefonanlagen und Gebäulichkeiten, die Ausgaben für die Abwicklung des Post- und Fernmeldeverkehrs, die Anlagen für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen sowie alle anderen aus der Aufgabenerfüllung erwachsenden Kosten mit Konsumcharakter zusammengefasst.

Im Aufgabenbereich der Regierung und allgemeinen Verwaltung ergaben sich Kreditreste von rund 0,6 Mio. Franken, die zu einem Grossteil auf geringere Betriebskosten für Büroräumlichkeiten zurückzuführen sind. Um rund 0,2 Mio. unter dem Budgetrahmen hielten sich auch die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit, da sich die Herausgabe verschiedener Broschüren verzögerte und da die Werbeaktionen für den öffentlichen Verkehr kostengünstiger gestaltet wurden.

Um 0,1 Mio. geringer fielen auch die laufenden Kosten für die Untersuchung

der Luftqualität aus, da die Arbeiten zur Erstellung eines Emissionskatasters nicht budgetkonform voranschritten. Die Kreditunterschreitung im Bildungsbereich um 0,4 Mio. Franken ist fast ausschliesslich auf die Minderausgaben für den Betrieb und Unterhalt der Schulgebäude zurückzuführen.

Im Baubereich fielen die laufenden Kosten um 1,4 Mio. geringer als veranschlagt aus. Davon entfällt ein Anteil von rund 0,4 Mio. auf die Kreditunterschreitungen beim Unterhalt des Strassennetzes, nachdem sich die Aufwendungen für den Winterdienst in der zweiten Jahreshälfte wegen des ausbleibenden Schneefalles reduzierten.

Um 0,4 Mio. kleiner als angenommen beliefen sich auch die Ausgaben für den Unterhalt der Landesgebäude, da Sanierungen aus personellen Gründen aufgeschoben werden mussten. Der mit 0,2 Mio. dotierte Kredit für die Planung neuer Hochbauvorhaben blieb nahezu unberührt, da die Studien zur Erneuerung von Postgebäulichkeiten und zur Erweiterung von Schulen aus konjunkturellen Gründen zurückgestellt wurden.

Im Bereich des Post- und Fernmeldewesens, auf den rund 58 Prozent des ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aufgabenbereich	Rechnung 1988	Voranschlag 1989	Rechnung 1989
Landtag, Regierung, Verwaltung	10 797 767	10 129 000	9 535 278
Bildungswesen	4 715 837	5 213 000	4 776 619
Bauwesen	3 797 775	6 049 000	4 676 194
PTT-Bereich	36 071 253	35 003 000	33 624 857
Gerichte, Öff. Sicherheit	1 789 026	1 905 000	2 084 647
Gesundheitswesen	1 161 775	1 431 000	1 137 209
Abgabenerhebung	1 183 302	1 569 000	1 415 229
übrige Bereiche	878 379	1 090 000	794 864
Sachaufwand total	60 395 114	62 389 000	58 044 897

STARK WIE IMMER, IN BÜROMÖBELN, BÜROGERÄTEN, BÜROSYSTEMEN.

Büro-Systeme AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/2 01 70
Grünaustrasse 25, 9470 Buchs, 085/6 33 09

KOMPLIMENT FÜR IHRE AUGEN

federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818